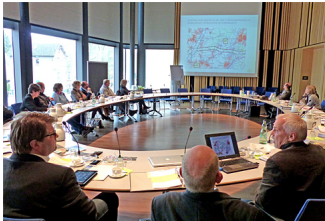


Erdkabel-Pläne im eigenen Wahlkreis sorgen für Diskussionsstoff Will Sigmar Gabriel nur Ruhe in seinem Vorgarten oder läutet er die Kehrtwende in Sachen Erdverkabelung ein?



Donnerstag 29. Januar 2015 - Hameln (wbn). Dauerbrenner-Thema „SuedLink“: Wenige Tage nach dem umstrittenen Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der die bisher als zu teuer eingeschätzte Erdverkabelung ausgerechnet im Heimatwahlkreis von Sigmar Gabriel vorsieht, meldet sich nun Hameln-Pyrmonts Landrat Tjark Bartels zu Wort.

„Wir Landkreise unterstützen seit Beginn der Diskussion die Energiewende, wollen aber ein faires Verfahren für die Trassenfindung und vor allem eine Erdverkabelung“, sagt Landrat Bartels, zugleich Sprecher des Landkreisbündnisses „Hamelner Erklärung“. Es könne nicht dabei bleiben, dass der Minister im eigenen Vorgarten Ruhe schafft, und an anderen Stellen die Trasse unsere Landschaft zerschneidet und eine Entwicklung unmöglich mache.

(Zum Bild: Runder Tisch im Hamelner Kreishaus: Vertreter mehrerer Landkreise des Bündnisses haben sich am Donnerstag über den Sachstand informiert. Foto: Landkreis Hameln-Pyrmont)

Fortsetzung von Seite 1

Runder Tisch im Hamelner Kreishaus

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 29. Januar 2015 um 18:06 Uhr

Bartels hofft, dass sein Genosse Gabriel nicht eine Einstellung vertritt, die gemeinhin als „NIMBY“ bezeichnet wird. Die Abkürzung steht für das englische „not in my backyard“ – „nicht in meinem Hinterhof“. Doch: „Vielleicht ist Herr Gabriel kein NIMBY, sondern wir erleben den Anfang der notwendigen Kehrtwende zum Erdkabel“, so Bartels.

In der Diskussion über die vermeintlich exorbitant höheren Kosten von Erdkabeln im Vergleich zu Strommasten führen die Landkreise vor allem an, dass das Erdkabel unter Einbeziehung auch der volkswirtschaftlichen Schäden durch die immens hohen Oberleitungen keineswegs teurer sei. Die Gemeinden würden in ihrer Entwicklung gehemmt, der Tourismus leiden und Grundstückswerte verfallen. „Infrastruktur ist ein Muss in einem Industrieland. Aber ebenso die Einhaltung grundlegender Spielregeln und die Ausnutzung der technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Folgen.“

Neue Erkenntnisse beim Runden Tisch im Hamelner Kreishaus

Und zu den Spielregeln gab es am heutigen Donnerstag auch neue Erkenntnisse. In Hameln traf ein Großteil der 20 Landkreise des Bündnisses „Hamelner Erklärung“ zusammen, um den vorläufigen Abschlussbericht der Wissenschaftler Prof. Dr. Karsten Runge und Dr. Joachim Hartlik in Empfang zu nehmen.

Dieser Bericht bestätigt nach Ansicht des Landkreises, was bislang nur zu ahnen war. Der Antrag von TenneT enthält demnach eine Vielzahl methodischer Fehler, die teilweise erhebliche Folgen haben, darunter:

- Erhebliche Inkonsistenzen zwischen dem Text und der zeichnerischen Darstellung. Es fehlten in der Bewertung schlicht wesentliche Punkte.

- Auch würde TenneT lediglich für das sogenannte Projekt 4 die Planung durchführen, aber bereits jetzt ankündigen, dass eine Aufdoppelung der Kapazitäten vorgesehen sei. Das müsse natürlich gleich bei der Trassenwahl berücksichtigt werden.

- Weiter fehle jegliche Aussage zur Gesundheitsgefährdung. Der Gesetzgeber erlaubt die Gleichstrom-Freileitung aufgrund der unbekanntenen Auswirkungen auf die Gesundheit nur als

Runder Tisch im Hamelner Kreishaus

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 29. Januar 2015 um 18:06 Uhr

Pilot. Im Antrag findet sich nichts dazu, man hätte aber wenigstens Sicherheitsabstände und die wissenschaftliche Begleitung beschreiben müssen.

- Die gesamte Planung ist zudem in hohem Maße beliebig. So gäbe es zahlreiche Kriterien, die in der Vorauswahl mit hoher Bedeutung Trassen ausgeschlossen hätten. Im späteren Vergleich würde dasselbe Kriterium aber komplett ausgeblendet.

„Diese Liste ließe sich lang fortsetzen und stützt den schon lange vom Landkreisbündnis vorgetragenen Vorwurf, dass die Wirtschaftlichkeit und der kürzeste Weg erheblich mehr Gewicht als Mensch und Umwelt haben“, heißt es in der begleitenden Pressemitteilung des Landkreises Hameln-Pyrmont.

Der Weg zum Ziel könne nur sein, wenn nun schnell die Gesetzlage verändert würde und Erdverkabelung die Regel würde. Mit dieser neuen Prämisse müsste dann die Trassenfrage neu beantwortet werden.

„Wer mit dieser Grundlage einfach weitermacht, riskiert, dass die gesamte Planung zu einem späteren Zeitpunkt vor Gericht scheitert. Besser ist es, jetzt einen Schnitt zu machen und mit hoher Akzeptanz eine neue Erdkabeltrasse zu planen“, so Bartels.